

## Jungen Menschen Perspektive geben – Lost Generation Corona verhindern!

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG DES LANDESJUGENDRINGS

AM 17./18.04.2021

Wir stellen fest: Die Covid19-Pandemie ist in vielerlei Hinsicht eine enorme Belastung für die Menschen und unsere Gesellschaft insgesamt. Wir sehen die gesundheitlichen Schäden, wir sehen, wie wirtschaftliche Folgen auf Erwerbsabhängige und ihre Familien abgewälzt werden, und wir sehen das Erstarken von rechten Verschwörungsideologien und ihrer Anhänger\*innen. Doch genauso konkret sehen wir, wie Gegenwart und Zukunftsaussichten der jungen Menschen ins Wanken geraten.

Wir wollen keine „Lost Generation Corona“ und deshalb brauchen wir ein entschiedenes Handeln der Politik! Der Landesjugendring fordert daher:

### 1. BILDUNG PANDEMIEFEST MACHEN

Anhaltend hohe Inzidenzzahlen machen klassischen Präsenzlehrbetrieb an Schulen und Hochschulen teilweise unmöglich oder machen ihn für Schüler\_innen bzw. Studierende sowie für Lehrkräfte bzw. Dozierende zu einem potenziellen Risiko.

Obwohl das Problem nun seit März 2020 besteht, sind dringende Schritte noch nicht, nicht flächendeckend oder nicht ausreichend getan um zum einen den Lehrbetrieb in Präsenz sicherer zu machen und zum anderen den Fernunterricht besser und zugänglicher zu gestalten. Deshalb fordern wir:

- Im Sinne des Schutzes von Schüler\_innen und Lehrkräfte im Präsenzunterricht müssen geeignete Masken, Testmöglichkeiten und Luftfilteranlagen flächendeckend für die Betroffenen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Tests sollen als Teil der Präventionsstrategie weder finanziell noch organisatorisch an den Eltern oder den Lehrkräften hängen bleiben.
- Analog dazu müssen auch Studierende und Dozierende im Präsenzlehrbetrieb an den Unis geschützt und unterstützt werden. Für die Studierenden ist zudem

wichtig, dass sie Zugang zu Bibliotheken, Laboren und anderen wichtigen Einrichtungen der Hochschulen bekommen können, um ihre jeweiligen Studienansprüche erfüllen zu können.

- Der Nachholbedarf bei der Digitalisierung im Bildungswesen zeigt sich gerade auf besonders eklatante Weise. Folgende Punkte muss die Politik hier schnell und entschieden angehen:
  - Schulen und Hochschulen müssen technisch zeitgemäß ausgestattet werden. Dazu gehören Computer und andere Geräte, aber genauso Software, passende Online-Plattformen sowie Infrastruktur in Form von schnellen Internetanschlüssen und WLAN. Um dabei nicht von wenigen großen Unternehmen abhängig zu sein, soll wo immer möglich auf Open-Source-Software bzw. -Plattformen oder eigene Lösungen zurückgegriffen werden. Auch der Datenschutz ist unbedingt zu gewährleisten.
  - Lehrkräfte und Dozierende müssen im Umgang mit neuen Arbeitsmitteln und Methoden geschult werden.
  - Das Mehr an Aufgaben, das insbesondere bei der Einführung aber auch beim weiteren Betrieb von neuer Ausstattung, Software und Infrastruktur anfallen wird, darf nicht auf die ohnehin schon mit zahlreichen Aufgaben betrauten Lehrkräfte abgewälzt werden. Zur Bewältigung dieser Aufgaben müssen Stellen für entsprechende Fachkräfte geschaffen werden.
  - Für Schüler\*innen und Studierende braucht es einen Rechtsanspruch auf ein angemessenes Gerät zur Arbeit mit Videokonferenzen und digitalen Lernplattformen, weil die soziale Schere durch den Fernunterricht noch mehr auseinander zu gehen droht. Dies kann über gut gewartete Leihgeräte oder Zuschüsse geregelt werden. Bedürftige Haushalte müssen zusätzlich auch beim Betrieb einer ausreichend starken Internetverbindung unterstützt werden, damit Fernunterricht und Homeoffice auch bei mehreren Personen im Haushalt nicht an den für Deutschland typisch hohen Kosten scheitert.
  - Der Umgang mit Computern wird bei steigender Technologisierung der Gesellschaft ähnlich wichtig, wie die Fähigkeiten, lesen und schreiben zu können. Ab der Sekundarstufe muss der Vermittlung entsprechender

Kompetenzen daher dringend ausreichend Raum in schulischen Lehrplänen eingeräumt werden. Dies darf wohlgemerkt nicht zu einer weiteren Verdichtung der Lehrpläne führen.

- Studierende erleben seit der Bologna-Reform und der damit einhergehenden Verschulung vieler Studiengänge ohnehin schon eine zunehmende Arbeitsverdichtung und schon vor der Covid19-Pandemie führten E-Learning-Komponenten zu einer zusätzlichen Mehrbelastung. Dies hat mit der Pandemie und der zwangsweisen Verlagerung auf digitale Lehrveranstaltungen weiter zugenommen. Permanente Leistungskontrollen und tiefgreifende Kontrollmöglichkeiten in Prüfungssituationen sind vielfach anzutreffen. Lehrpläne müssen hier dringend entfachtet und Lernstandskontrollen im Sinne der Studierenden flexibilisiert werden.

## **2. STUDIERENDEN ENDLICH RICHTIG HELFEN**

Zusätzlich zu den Schwierigkeiten im Lehrbetrieb sind Studierende auch massiv wirtschaftliche von der Pandemie betroffen. Nebenjobs und Unterstützungsmöglichkeiten durch Eltern sind massiv weggebrochen. Eine substanzielle Hilfe von Bund oder Land ist bislang ausgeblieben. Deshalb fordern wir:

- Schnelle und unbürokratische Hilfen für Studierende bis zum Ende der Pandemie ohne absurde Hürden und Stichtagsregelungen. Diese Hilfen müssen in Form von Unterstützungszahlungen erfolgen. Die Pandemie darf nicht für noch mehr Verschuldung von Studierenden und damit zum Risiko von Studienabbrüchen und weiteren sozialen Schieflagen führen!
- Zur langfristigen Unterstützung von Studierenden braucht es auf Bundesebene ein deutlich höheres und elternunabhängiges BAföG. Die Landesregierung kann sich dafür einsetzen.

## **3. AUSBILDUNGSGARANTIE STATT PERSPEKTIVLOSIGKEIT**

Nicht erst seit Beginn der Covid19-Pandemie sinkt die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen massiv. Dieser Trend wurde durch die Pandemie nochmal deutlich verstärkt, sodass der Mangel an Ausbildungsplätzen noch größer wird.

Gleichzeitig sehen wir verschiedene Auswüchse in bestehenden Ausbildungs-  
verhältnissen, die massiv die Qualität der Ausbildung gefährden. Deshalb fordern wir:

- Wir brauchen eine Ausbildungsgarantie für alle interessierten jungen Menschen bis 27 Jahren, die einen individuellen, bedingungslosen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz beinhaltet. Im ersten Schritt soll dabei immer die Vermittlung in eine reguläre betriebliche Ausbildung im Mittelpunkt stehen. Erst danach sollen Lösungen wie kooperative Verbundausbildungen oder in eine außerbetriebliche Ausbildung in Frage kommen.

Um den Anspruch auf Ausbildung zu erfüllen, sehen wir als erstes die Unternehmen in der Pflicht, ein auswahlfähiges Angebot für duale Ausbildungsplätze bereitzustellen. Daran sollten sie nicht zuletzt selbst ein großes Interesse haben um die Fachkräfte von morgen auszubilden. Um diese Pflicht zu untermauern sollen Unternehmen ab einer Größe von fünf Beschäftigten in Branchenfonds oder einen bundesweiten Zukunftsfonds einzahlen. Aus diesen werden dann wiederum die Betriebe unterstützt, die tatsächlich ausbilden, sowie weitere Maßnahmen im Rahmen der Ausbildungsgarantie finanziert.

Zur genauen Ausgestaltung wird auf das Konzept der DGB-Jugend zur Ausbildungsgarantie aus dem Februar 2021 verwiesen.

- Auch in der Pandemie darf die Qualität der Ausbildung nicht unter die Räder geraten. Als Extreme sehen wir auf der einen Seite, dass Auszubildende praktisch gar nicht mehr in den Betrieb kommen können, auf der anderen Seite, dass Auszubildende zum Aufrechterhalten des Betriebs genutzt werden, während reguläre Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt werden. Diese Extreme, aber auch viele andere Bedingungen, die die Qualität in der Ausbildung angreifen, dürfen keine Praxis sein.

Land und Kommunen müssen mit ihren entsprechenden Behörden daher auch in der Pandemie endlich vermehrt die Einhaltung von Rechten der Auszubildenden kontrollieren, die u.a. im Berufsbildungsgesetz (BBiG) und im Jugendarbeitsschutzgesetz festgehalten sind.

Der Vorstand des Landesjugendrings setzt sich im Zusammenspiel mit den Mitgliedsverbänden gegenüber der Landesregierung und dem Landtag für diese Forderungen ein.

## **BEGRÜNDUNG**

Junge Menschen sind in Bildung und Ausbildung im besonderen Maße von der Covid19-Pandemie betroffen und belastet. Aufgrund der aktuellen dritten großen Welle der anhaltenden Pandemie und einem weiterhin schleppenden Impfgeschehen ist zu befürchten, dass dies noch eine ganze Zeit anhält. Der Landesjugendring als Dachverband der vielen und vielfältigen Kinder- und Jugendverbände in Baden-Württemberg soll sich im Sinne von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Zielgruppe und Mitgliedschaft der Verbände bilden, positionieren und für die entsprechenden Positionen einsetzen.

Das im Text genannte Konzept der DGB-Jugend zur Ausbildungsgarantie kann hier abgerufen werden: <https://jugend.dgb.de/-/Hiu>.

*Stuttgart, den 18.04.2021*